

## Gießen

### **CDU, FWG, F.D.P.: Den Mund zu voll genommen**

Die Regierungskoalition in der Stadt Gießen traf 2001 eine "Vereinbarung über eine Koalition zwischen CDU, FWG und F.D.P. und ihre Zusammenarbeit in der Stadtverordnetenversammlung für die Wahlperiode 2001 - 2006". Dabei ist vieles genannt, was unter der Vorgängerkoalition mit Oberbürgermeister Mutz an der Spitze bereits geplant oder schon eingeleitet worden war, wie zum Beispiel die Sanierung des Straßennetzes. Aber gerade dort, wo die neue Koalition eine "politische Wende" herbeiführen wollte oder aber eine Politik der schnellen Entscheidungen versprach, haben ihre Spitzenleute den Mund zu voll genommen. Wir vergleichen den Anspruch von 2001 mit der Wirklichkeit von 2006.

- 2001: Die gegenwärtige Finanzlage erfordert eine konsequente Politik des Sparens mit Vernunft und Augenmaß.
- 2006: Ein überdimensioniertes Rathaus für fast 50 Millionen Euro wird gebaut.
- 2001: Die Koalition will ineffektive Bagatellsteuern, wie die Grundsteuer A, abschaffen.
- 2006: Die Grundsteuer A besteht immer noch.
- 2001: Die Steuersätze für die bestehenden Gemeindesteuern, Lohnsteuer B und Gewerbesteuer werden bis 2004 gesenkt.
- 2006: Eine Senkung hat nicht stattgefunden.
- 2001: Vorrangiges Ziel der Haushaltspolitik ist der Erhalt der finanziellen Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeit der Stadt Gießen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Vermeidung eines defizitären Verwaltungshaushalts und einer Nettoneuverschuldung oberste Priorität beizumessen.
- 2006: Die vom Kämmerer vorgelegten Haushalte der letzten Jahre waren im Verwaltungshaushalt alle defizitär, eine deutliche Nettoneuverschuldung konnte nur durch den Verkauf von "Tafelsilber", wie die Anteile an der Wohnungsbaugesellschaft Hegemag, vermieden werden.

## Gießen

- 2001: Im Einvernehmen mit den Investoren sollen die Baulücken in der Stadt geschlossen werden.
- 2006: Die Baulücken bestehen immer noch und in der Südanlage ist eine neue hinzugekommen.
- 2001: Eine Sanierung des Selterswegs soll besprochen und durchgeführt werden.
- 2006: Keine Realisierung in Sicht.
- 2001: Ein planerisches Konzept für den Bereich Kirchenplatz, Lindenplatz, Brandplatz und Landgraf-Philipp-Platz zur Ausweitung des innerstädtischen Zentrums und zur Steigerung der Attraktivität mit Verbesserungen für den Gießener Wochenmarkt soll erarbeitet werden.
- 2006: Außer Worten waren keine Initiativen erkennbar.
- 2001: Die Ausweisung von Wohnbaugebieten in Allendorf-Nord, Kleinlinden, Lützellinden, Rödgen-Ost, Gießen-West, Wieseck wird vorangetrieben.
- 2006: Bezüglich des Wohnbaugebietes Rödgen-Ost wurde vom Magistrat nichts vorangetrieben, sondern nur gebremst.
- 2001: Im Bereich der Ausfahrten vom Gießener Ring werden Park-and-Ride-Flächen ausgewiesen und an das Stadtbusnetz angeschlossen bzw. durch einen direkten Buszubringerdienst mit zentralen Pnkten der Innenstand verbunden.
- 2006: Seit 5 Jahren ist keine Initiative erkennbar.
- 2001: Es muss dafür Sorge getragen werden, dass die Fahrpläne der einzelnen Buslinien besser aufeinander abgestimmt werden.
- 2006: Nach der Fahrplanumstellung müssen Rödgener Schüler über Gebühr Wartezeiten in Kauf nehmen.
- 2001: Das Bürgerhaus in Rödgen ist den örtlichen Vereinen kostenlos zur Verfügung zu stellen (Wahlprogramm der FWG Rödgen).
- 2006: Es wurde nicht einmal ein einziger Versuch unternommen, dieses Versprechen zu realisieren.

## Kreis Gießen

### **In die Schulen Millionen investiert**

Der Landkreis Gießen hat in den letzten Jahren trotz schwieriger Haushaltslage gewaltige Beträge in seine Schulen investiert. So waren allein zur Sanierung der Gesamtschulen in Buseck und Linden etwa 20 Millionen Euro notwendig. Dies geschah notwendigerweise mit Krediten. Darüber die Nase zu rümpfen und dem Kreis Schuldenmacherei vorzuwerfen, ist kurz-sichtig und geht an der Sache vorbei. Denn alle Fachleute wissen, dass Deutschland mehr Geld in die Bildung stecken und damit auch in die Schulgebäude investieren muss.

Beispiele für die Investitionsmaßnahmen des Kreises sind:

- Sanierung der Flachdächer an allen Schulen des Kreises
- Zentralisierung der Kreisberufsschule am Standort Carl-Franz-Straße in Gießen, um den Schulbetrieb zu verbessern
- Erweiterung der Willy-Brandt-Schule um ein weiteres Gebäude, um der steigenden Schülerzahl gerecht zu werden
- Neubau der Martin-Buber-Schule in Gießen für praktisch bildbare Schüler
- Bau neuer Grundschulen in Rabenau, Hungen und Oberkleen
- Räume für den Ganztagsunterricht in der Clemens-Brentano-Schule in Lollar
- Erweiterung und Sanierung der Theo-Koch-Schule in Grünberg
- Räume und Einrichtungen für zusätzliche Betreuungsangebote an mehreren Schulen des Kreises
- bauliche Ergänzungen in Wetttenberg, Biebertal, Hungen

Der Kreis hat unter Zustimmung aller Fraktionen überdurchschnittlich in die Schulen investiert. Deshalb beträgt der Anteil der Schulkredite an den gesamten Schulden des Kreises etwa 70%. Diese Mittel sind nicht nur eine Investition in die Zukunft der Kinder, sondern nutzen auch dem heimischen Gewerbe.